

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	68
		TOP:	11
Verhandlung		Drucksache:	3/2017
		GZ:	StU
Sitzungstermin:	21.02.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Hausiel (ASS)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / de		
Betreff:	Nicht offenes 2-stufiges kooperatives "Planungsverfahren Büroneubau" für den Bereich Heßbrühlstraße, Stadtbezirk Vaihingen Benennung der Preisrichter als Unterausschuss des UTA		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 24.01.2017, nicht öffentlich, Nr. 25

Ergebnis: Beratung, aber Zurückstellung der Einbringung

Ausschuss für Umwelt und Technik vom 31.01.2017, nicht öffentlich, Nr. 28

Ergebnis: Vertagung

Ausschuss für Umwelt und Technik vom 07.02.2017, nicht öffentlich, Nr. 43

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau und Umwelt vom 11.01.2017, GRDRs 3/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von den zwischenzeitlich vorliegenden Ergebnissen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

und den Ergebnissen der beauftragten Gutachten/Untersuchungen/Machbarkeitsstudien wird Kenntnis genommen.

2. Vom Inhalt der Auslobungsunterlage (Anlage 2) wird Kenntnis genommen.
3. Dem nicht offenen 2-stufigen kooperativen Planungsverfahren wird zugestimmt.
4. Der Bildung eines Unterausschusses "Planungsverfahren Büroneubau" für den Bereich Heßbrühlstraße, Stadtbezirk Vaihingen, des Ausschusses für Umwelt und Technik mit der in Anlage 1 beigefügten Besetzung wird zugestimmt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

BM Pätzold berichtet, im Anschluss an einen letzten Donnerstag stattgefundenem Informations- und Ausspracheabend für die Vaihinger Bürgerinnen und Bürger, der auf Antrag des Bezirksbeirats stattgefunden hat, habe der Bezirksbeirat Vaihingen die Vorlage mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt und dabei auf seinem Wiederbehandlungsrecht bestanden. Somit könne heute keine Beschlussfassung erfolgen. Man werde daher heute aus der Sitzung des Bezirksbeirats berichten. Er gehe davon aus, dass am 14.03.2017 die Beschlussfassung erfolgen wird.

Herr Hausiel (ASS) informiert über den Informations- und Ausspracheabend sowie die im Anschluss daran stattgefundenen zusätzlichen Bezirksbeiratssitzung und über die Änderungen der Auslobungsunterlagen basierend auf dem Ergebnis der UTA-Sitzung vom 07.02.2017 anhand einer Präsentation, Seiten 1 bis 15. Analog zum Auslobungstext habe die Verwaltung zudem die Änderungen der städtischen Rahmenbedingungen vorgenommen.

BM Pätzold verweist auf die vorgestellten Änderungen und stellt klar, die Allianz baue dort selbst. Da sie ein großer Konzern mit mehreren Gesellschaften sei, baue die Allianz Immobilien, die Allianz Leben mietet die Gebäude dann sehr langfristig. Mit Blick auf die gezeigten Varianten merkt er an, es werde darin sowohl auf die Themen Verbreiterung des Grünstreifens als auch auf den Erhalt der Eiche eingegangen. Im weiteren Wettbewerbsverfahren müsse man schauen, wie die Flächen untergebracht und aufgeteilt werden können. Seitens der Verwaltung könne man sich vorstellen, dafür den Hochpunkt zu erhöhen, damit die Teilnehmer die Möglichkeit der Kompensation dieser Flächen haben, um diese Themen zu lösen.

StR Pfeifer (SPD) geht davon aus, dass der Antrag Nr. 46/2017 seiner Fraktion ebenfalls am 14.03.2017 bzw. schon vorher beantwortet wird. Er dankt für die Überlassung der Stellungnahme des Amtes für Umweltschutz, deren Inhalt "in Teilen erleuchtend war" im Gegensatz zu der mageren Aussage in der Vorlage selbst. So soll entlang der Heßbrühlstraße ebenfalls ein 20 m breiter Grünstreifen sein, worauf bisher nicht eingegangen worden sei. Er bittet diesbezüglich um eine Aussage der Verwaltung. Darüber hinaus gehe die Stellungnahme ausführlich ein auf die Geschichte des gesamten Gebiets. Demnach war 2011 oder 2014 an der nordwestlichen Ecke eine Begrenzung des Hoch-

punkts um maximal 12 m üNN gegenüber heute vorgesehen. Heute dagegen sei von 67 m die Rede. Der Stadtrat vermisst eine Begründung hierfür und wünscht außerdem eine Erläuterung der stadtklimatischen Bewertung bezüglich des Kompromisses von 40 m Höhe. Für seine Fraktion stelle diese Bewertung den "Casus Knacktus" dar.

Auch StR Dr. Vetter (CDU) bittet um die Beantwortung von Fragen bis zum 14.03.2017. Ihn interessiert, was die Kostenübernahme der Verlagerung von SWSG, AWS und Tiefbauamtflächen beinhaltet. "Ist das der Transport der Einrichtungen oder ist das die Ertüchtigung der Gebäude vor Ort oder ggfs. sogar eines Neubaus?" In der Stellungnahme des Amts für Umweltschutz stehe, der Grünzug **sollte auf ca. 50 m** sich belaufen. Demnach gebe es einen Spielraum. Er begrüßt außerordentlich, wie die Allianz sich eingebracht hat in Bezug auf die Änderungen, und sie nun Varianten zum Thema Erhalt der Eiche prüfen lässt, sodass letztendlich die Preisrichter entscheiden können. Der Abstimmung am 14.03.2017 sieht er mit Freude entgegen.

StRin Schiener (90/GRÜNE) fragt, welchen Einfluss die Vertagung der Beschlussfassung auf den Zeitplan und die weiteren Termine hat. Sie hebt ebenfalls hervor, dass in der Stellungnahme des Amts für Umweltschutz von ca. 50 m Grünstreifen die Rede ist, und nicht von mindestens 50 m. Ihre Fraktion habe bereits angeregt, nach Feststehen des Wettbewerbsergebnisses mit einem Klimamodell zu prüfen, um ggf. den Bebauungsplan zugunsten des Grünzugs in Richtung Osten erweitern zu können. Man halte dies für erforderlich, da in der stadtklimatischen Stellungnahme teilweise sehr alte Karten herangezogen wurden, wie z. B. eine Thermalkarte von 1988. Was den Erhalt der Eiche angeht, so sei sich der Ausschuss darüber einig gewesen und die Allianz habe zugesichert, den Erhalt zu ermöglichen.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) legt allen, insbesondere aber der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion ans Herz, sich die stadtklimatische Stellungnahme nochmals genau durchzulesen. Übersetzt müsse Angaben wie "ca. 50 m" immer der Satz vorausgestellt werden: "wenn dort unbedingt gebaut werden muss, dann verlangen wir wenigstens dies!" Die zusammenfassende Beurteilung laute glasklar: "Aus stadtklimatischer Sicht ist grundsätzlich an den seinerzeit abgestimmten Planungsgrundzügen, gerade den noch weitgehend unverbauten Landschaftsraum von weiterer Bebauung freizuhalten, festzuhalten." Er appelliert eindringlich, an dieser Stelle nicht zu bauen. Wenn der Bezirksbeirat Vaihingen mit einer Zweidrittelmehrheit das Projekt ablehnt, so möge sich der Ausschuss genau überlegen, ob er diesen Weg weiter beschreitet und eine Bebauung vorsieht, die völlig überdimensioniert ist.

Der Vorsitzende erwidert, Stadtplanung bedeute immer eine Abwägung der verschiedenen Themen, die zu beachten sind. Logischerweise sei es bei der Stadtklimatologie grundsätzlich immer so, dass die beste Variante die ist, Flächen nicht zu bebauen. Dies gelte für viele Stellen in der Stadt. Jedoch habe man in diesem Verfahren eine Abwägung vorgenommen - auch an diesem Punkt - und abgewogen, wie breit ist die Größe, die wir noch verantworten können und welche Maßnahmen sind zusätzlich notwendig? Da noch kein Plan und keine Gebäudekubatur vorliegt, habe die Verwaltung den Vorschlag gemacht, den Wettbewerbsentwurf durch ein klimatologisches Modell überprüfen zu lassen, um so die Auswirkungen darzustellen und mögliche Verbesserungen einbringen zu können. Zudem habe man Vorgaben gemacht, die zusätzlich notwendig sind. Er sagt zu, die Fragen mitzunehmen und bis zum 14.03.2017 zu beantworten.

Herr Brause (GPR) vermisst in der bisherigen Diskussion die Berücksichtigung der Situation der Betriebshöfe. Er betont, dort seien die neuesten Betriebshöfe, die man im technischen Bereich hat. Weiter verweist er auf die Sperrung von Teilen des Betriebs hofs an der Türlenstraße wegen Einsturzgefahr und darauf, dass auch in Vaihingen Aufgaben strategisch zum Einsatzort geleistet werden müssen. Er bittet folglich darum, zuerst geeignete und vergleichbare Ersatzflächen für die Betriebshöfe zu finden, bevor man Flächen freigibt. Zu bedenken gibt er auch, dass es nicht wirklich wertschätzend gegenüber der Arbeit und den Mitarbeitern wäre, würde man den Betriebshof an einen Standort der Feuerwache verlagern, wo die Feuerwehr wegen Baufähigkeit auszieht.

BM Pätzold erinnert diesbezüglich an den Vorschlag der Verwaltung, wohin die Betriebsfläche hinverlagert werden kann. Nach seiner Erinnerung ist es mehr Betriebsfläche als beim heutigen Betriebshof, um somit auch Ersatzfläche für Teile der Türlenstraße zu haben. Im weiteren Verfahren werde geprüft, welche Flächen und Teile dorthin verlagert werden können. Genauso habe man im Auge, zum entsprechenden Zeitpunkt das Thema Wohnungen anzugehen.

BM Thürnaeu stimmt Herrn Brause ausdrücklich zu. Er weist darauf hin, es habe schon viele Optionen gegeben, wie z. B. bei der Türlenstraße die Quellenstraße in Bad Cannstatt. Alle diese Optionen seien aber verworfen worden. Man prüfe alle Vorschläge gern, doch werde man "die Müllwägen auf die Straße stellen, wenn keine Lösung gefunden wird". Die Ersatzflächen müssen eine räumliche Nähe und Funktionalität sowie eine Dauerhaftigkeit haben.

Nach Meinung von StR Pantisano muss man den Mitarbeitern erklären, "dass die Interessen von Allianz höher gewertet werden, als alle anderen Interessen, die in dieser Stadt eine Rolle spielen". Es treffe zudem nicht zu, dass über diese Thematik nicht diskutiert worden sei. Vielmehr seien diese Punkte in nicht öffentlicher Sitzung angesprochen worden.

BM Pätzold stellt richtig, es gehe keinesfalls ausschließlich um die Interessen der Allianz, sondern es gehe um die Interessen der Stadt. Dabei spiele die Frage eine Rolle, wie entwickelt sich eine Firma, die hier Arbeitsplätze hat, weiter? Man habe die angesprochenen Aspekte dabei offen dargestellt. Die Diskussion im Bezirksbeirat sei sehr differenziert erfolgt und darum gebe es verschiedene Gründe, warum manche Fraktionen die Vorlage ablehnen und manche sich enthalten haben. Er wiederholt, man werde den Themenkatalog abarbeiten - auch das Thema AWS. Es gehe dabei nicht um die Frage, ob die AWS endgültig in ein Interim kommt, sondern um die Frage, wie sieht ein möglicher Terminplan aus, braucht es ein Interim oder braucht es das nicht? Selbstverständlich müssten diese Fragen geklärt sein, bevor die Umsetzung angegangen wird.

Der gerade diskutierte Wettbewerb diene dazu, die Kubaturen und Flächen zu zeigen, die dort untergebracht werden sollen. Der nächste Schritt sei ein Bebauungsplanverfahren anzustoßen, in welchem alle Themen abgearbeitet und beantwortet werden müssen. Schlussendlich entscheide der Gemeinderat im Bebauungsplanverfahren, was er zulässt und wie die Abwägung mit allen Informationen aussieht. Dazu gehören u. a. die Themen Verkehr, Verlagerung AWS, Verlagerung Tiefbauamt usw.

StR Dr. Schertlen (STd) greift den Wortbeitrag von Herrn Brause auf und erklärt, er mache seine Zustimmung u.a. davon abhängig, dass dieses Thema zugunsten der AWS entschieden wird, ebenso im Hinblick auf die SWSG-Wohnungen. Grundsätzlich könne

man sich die Ansiedlung der Allianz dort vorstellen, sofern die Randbedingungen erfüllt sind - insbesondere auch beim Thema Verkehr. Dort erwarte man umsetzungsreife Vorschläge, die tragbar sind.

StR Pantisano merkt an, in nicht öffentlicher Sitzung sei der Satz gefallen, "wir würden so einer Planung nie zustimmen, wenn es nicht die Allianz wäre, die dort planen will".

StR Conz (FDP) weist darauf hin, die Allianz sei ein großer Arbeitgeber und ein großer Gewerbesteuerzahler, der durchaus Stuttgart verlassen könnte, so wie dies zuvor bereits andere Unternehmen gemacht haben. Man müsse es daher wertschätzen, wenn die Allianz ein Bekenntnis zu Stuttgart abgibt. Mit Blick auf das Plädoyer zum Erhalt der alten Eiche hält er es für viel wesentlicher, das Augenmerk darauf zu legen, die Verkehrsprobleme in Vaihingen zu lösen. Es sei für die Stadtklimatologie im Grunde völlig egal, ob dieser einzelne Baum erhalten bleibt oder nicht.

StR Kotz macht gegenüber StR Pantisano deutlich, dass er es für grenzwertig hält, wenn dieser in öffentlicher Sitzung Dinge aus nicht öffentlicher Sitzung zitiert. Er bittet BM Pätzold als Sitzungsleiter dazu Stellung zu nehmen. Des Weiteren unterstreicht er, Kommunalpolitik sei immer auch ein Abwägen von unterschiedlichen Interessen. StR Pantisano tue sich diesbezüglich immer schwer und wolle stattdessen die "reine Lehre" durchsetzen. Er sei daher für Kommunalpolitik nicht wirklich geeignet. Die CDU-Fraktion vertrete die Ansicht, selbst wenn ein Arbeitgeber mit mehreren tausend Arbeitsplätzen, der bisher noch nicht in Stuttgart ansässig ist, ein Interesse hätte, sich hier anzusiedeln, so würde man sich selbstverständlich darum bemühen, im Abwägungsprozess von Für und Wider zu klären, ob man eine solche Möglichkeit schaffen kann oder nicht, um diese Arbeitsplätze in Stuttgart anzusiedeln.

In diesem speziellen Fall sehe die Allianz keine Möglichkeit, sich an ihren bisherigen Innenstadtstandorten weiterzuentwickeln, und sie ist Eigentümerin eines Grundstücks, das sie für die gewünschte Weiterentwicklung nutzen kann. Hinzu komme, dass man der Allianz gar keine Alternativflächen für ihre Entwicklung anbieten könne. Auch diese Punkte müssen in die Abwägung einfließen, weshalb seine Fraktion es unterstützen könne, dass die Allianz dort bauen kann.

StRin Schiener erinnert daran, die Allianz wolle in einem Gewerbegebiet bauen, nämlich in der Verlängerung vom Synergiepark. Man spreche über einige Probleme und Themen, für die man im Rahmen eines Abwägungsprozesses eine Lösung finden will. Sie weist die Aussage von StR Pantisano weit von sich, man würde hier eine Sonderlösung für die Allianz zulassen.

StR Pfeifer stellt klar, er habe die von StR Pantisano zitierte Aussage in nicht öffentlicher Sitzung getroffen. Diese stand jedoch vor dem Hintergrund, dass wenn es um irgendeinen Dritten gegangen wäre, der auf einer Sportfläche in einen Neubau investieren will, man diesen weggeschickt und sich darum gar nicht gekümmert hätte. Die Situation sei bei der Allianz jedoch eine andere, weil sie die Eigentümerin dieses Grundstücks ist. Daher bemühe man sich um eine Lösung, auch wenn es durchaus Vorbehalte gebe. Seiner Fraktion ist es wichtig, dass die Allianz mit ihren Arbeitsplätzen dort dauerhaft bleibt und das Gebäude nicht an andere weiterverkauft.

Aus Sicht von BM Pätzold ist klar geworden, dass ein sehr aufwendiger und weitreichender Abwägungsprozess stattfindet. Er beabsichtigt, den Umgang mit Zitaten aus nicht öffentlicher Sitzung im Ältestenrat zu thematisieren. Dabei befürchtet er jedoch, es werde eine schwierige Diskussion im Ältestenrat, da die Fraktionsvorsitzenden der Fraktionsgemeinschaft keine richtige Prokura haben.

Abschließend verweist er auf die vorgesehene Beschlussfassung am 14.03.2017.

Zur Beurkundung

Faßnacht / de

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
 2. OB/PR
Rechnungsprüfungsamt
OB/82
 3. S/OB
S/OB-Mobil
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
SWSG
 5. Referat SOS
Amt für Sport und Bewegung (2)
 6. Referat T
Tiefbauamt (2)
AWS (2)
 7. BezA Vaihingen
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN